

NUR MIT UNS

stimmen für eine
vielfältige politik



Herausgegeben für die
Friedrich-Ebert-Stiftung
von Anne-Marie Brack &
Annette Schlicht

Inhalt

Das Versprechen auf Teilhabe einlösen	6
Serpil Midyatli	
Das Making-of NUR MIT UNS	10
Anne-Marie Brack & Annette Schlicht	
Die Politiker_innen	14
VORBILDER	19
Zwischen Anpassung und Differenz	22
Cihan Sinanoglu	
„Viel mehr, als wir uns vorstellen können“	26
Im Gespräch mit Anna Dushime	
IDENTITÄT	31
Tokenism	34
Zuher Jazmati	
Deutsch und Muslimisch	38
Asmaa Soliman	
VERANTWORTUNG	45
Weg vom Katzentisch	48
Nina-Kathrin Wienkoop	
Wir fragen nicht nach Herkunft	52
Im Gespräch mit Fessum Ghirmazion	

SICHTBARKEIT	57
Abbild oder Zerrbild	60
Iva Krtalic	
Per Gesetz zu mehr Vielfalt?	64
Armaghan Naghipour	
RASSISMUS	71
„Dann werde ich eben Bundeskanzlerin!“	74
Maryam Kamil Abdulsalam	
Hausaufgabe: Diversitätssensibilität	78
Im Gespräch mit Karim Fereidooni	
EMPOWERMENT	83
Ein Stück vom Kuchen	86
Damir Softic	
Diversität kommt nicht von allein	90
Karen Taylor	
Die Podcaster_innen	96
Podcastprojekt: Hörgut	101
Anne-Marie Brack & Annette Schlicht	
Starke Netzwerke für Vielfalt und Partizipation	104
Im Gespräch mit Ehsan Djafari	
Vereine und Initiativen	107
Impressum	112

Das Versprechen auf Teilhabe einlösen

Serpil Midyatli

Politische Teilhabe — man könnte ein Ausrufezeichen dahintersetzen. Denn wir leben in einem Land, das sich ein fortdauerndes Versprechen politischer Teilhabe für *alle* gegeben hat. Dieses im Grundgesetz festgeschriebene Recht ist selbst eine historisch junge Erscheinung, die aus der Wirklichkeit europäischer Gesellschaften und ihrer Befreiungsgeschichte von autoritären Regimen hervorgeht. Zwar ist in den vergangenen Jahren viel geschehen, um politische Räume zu öffnen und Beteiligungsstrukturen inklusiver zu gestalten, doch das Versprechen politischer Mitbestimmung für alle darf in einer offenen, gerechten Gesellschaft weder aufgegeben noch für abschließend eingelöst erklärt werden. Es muss immer wieder aufs Neue verteidigt, wiederbelebt und angepasst werden.

Dieses Versprechen hat gerade in der Einwanderungsgesellschaft, in der wir heute leben, eine ganz neue Bedeutung gewonnen. Aus der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft sprach man jahrelang gern *über* eine vermeintlich politikferne und demokratieunfähige Generation sogenannter Gastarbeiter_innen. Passé, nicht nur seit den jüngsten Black-Lives-Matter-Protesten in Deutschlands Großstädten, sondern bereits mit politischen Kampagnen wie #schauhin, #ausnahmslos oder #metwo tut sich etwas: Eine postmigrantische Generation hat laut und wahrnehmbarer als zuvor auf sich aufmerksam gemacht. Sie ist jung, engagiert und vernetzt. Sie mischt sich in die Politik ein, bekennt sich zu Deutschland und fordert, dass sich Deutschland endlich zu ihr bekennt. Von der Mehrheitsgesellschaft erwartet sie die Bereitschaft zuzuhören, die Perspektive zu wechseln und eine ernsthafte Beschäftigung mit rassistischen (Denk-)Strukturen.

Auch im vorliegenden Buch wird er deutlich spürbar: der Wille zur Gestaltung und zur Übernahme von Verantwortung unter jungen Menschen mit Migrationsgeschichte. Die politische Aufgabe besteht darin, sich für diese informellen, zunehmend digitalen Partizipations- und Engagementformen zu öffnen und Brücken zwischen diesen und den analogen politischen Entscheidungsräumen zu schlagen. Das bedeutet mehr als bisher die Interessen, Erfahrungen und Forderungen junger Menschen in den Blick zu nehmen. Dafür braucht es politische Institutionen, die ihre Identitäten anerkennen, ihnen Schutzräume zur Entfaltung bieten und Vielfalt durch entsprechende Identifikationsfiguren nach außen sichtbar machen. Es erfordert politische Strukturen, die offen und durchlässig, einladend und im positiven Sinne fordernd sind. Und nicht zuletzt müssen wir mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Hass, Hetze und rechte Gewalt vorgehen.

Aber politische Teilhabe ist viel mehr als ein Mitspracherecht für diejenigen, die schon aktiv und engagiert sind. Genauso wichtig ist es, unsere Gesellschaft insgesamt gerechter zu gestalten, sei es in Bezug auf den Zugang zu (politischer) Bildung oder die Verteilung von Ressourcen. Studien haben längst gezeigt, dass Politik in Deutschland einen Class Bias aufweist und dass politische Teilhabe stark von den sozioökonomischen Voraussetzungen einzelner Bürger_innen abhängt. Insbesondere bildungsferne und einkommensschwache Bevölkerungsgruppen sind viel weniger in der Lage, sich aktiv an politischen Prozessen zu beteiligen. Dies gilt umso mehr für viele junge Menschen aus migrantischen Haushalten. Nicht wenige sind überproportional von Armut betroffen oder davon gefährdet.

In dieser Hinsicht kann nur ein Politikmodell, das die politische und soziale Teilhabe junger Menschen mit Migrationsgeschichte zusammendenkt, der Lebensrealität der Zielgruppe gerecht werden.

Ähnliches gilt für Ausgrenzungs- und Stigmatisierungserfahrungen, die viele junge Menschen mit Migrationsgeschichte im Verlauf ihrer Biografien machen müssen. Der Großteil solcher Erfahrungen wird in vermeintlich geschützten

Räumen gemacht, zum Beispiel in Kindertagesstätten, Schulen oder Jugendclubs. Als Tochter türkischer Einwanderer der ersten Generation sollte ich wie viele andere Einwandererkinder eine sogenannte Sonderschule besuchen. Dahinter stand eine integrationspolitische Vorstellung, wonach Einwandererkinder nur vorübergehend im Land sein werden. Glücklicherweise hat sich mein Vater durchgesetzt und dies nicht akzeptiert. Es gab im Grunde aber damals nicht die kleinste Aussicht, dass ich einige Jahre später die Karriere einer Spitzenpolitikerin in Deutschland verfolgen würde. Werdegänge wie meiner ermutigen viele junge Menschen, zeigen aber auch, welche Wegstrecke wir in Richtung Chancengleichheit noch zurückzulegen haben.

Heutzutage sind aus sogenannten Gastarbeiter_innen Menschen mit Migrationsgeschichte geworden und der Gaststatus ist dem Integrationsprozess gewichen, aber Diskriminierung und Rassismus prägen weiterhin den Alltag vieler Menschen mit Migrationsgeschichte. Im Parlament genauso wie auf der Straße. Auf dem Spielplatz wie am Arbeitsplatz.

Diese Geschichten müssen erzählt werden, ebenso wie die Möglichkeiten, Ansätze und Initiativen, gemeinsam dagegen anzugehen. Genauso entscheidend ist jedoch, dass die Politik solche individuellen und kollektiven Diskriminierungserfahrungen, Ängste, Unbehagen, aber auch die Wut junger Menschen mit Migrationsgeschichte im Blick behält. Unsere politische Aufgabe besteht ausdrücklich darin, ihre Erfahrungen von Ausgrenzung und Nichtanerkennung sichtbar und politisch bearbeitbar zu machen. Politik muss dieses „heiße Eisen“ aufgreifen, wenn das Recht auf politische Teilhabe für *alle* Realität werden soll. Ein Versprechen, für das ich, wie viele andere Politiker_innen mit Migrationsgeschichte, mit meiner Biografie stehe. Sie ist aber kein Einzelfall und beschränkt sich nicht auf die Politik. Es gibt diverse Migrationsbiografien von Wissenschaftler_innen, Lehrer_innen, Kunst-, Kultur- und Medienschaaffenden und Gastronom_innen oder derjenigen, die es werden wollen. Nur wenn es uns gelingt, Lebensgeschichten frei von Diskriminierung zu ermöglichen und das Versprechen der Teilhabe uneingeschränkt für *alle* Menschen — ob mit oder ohne Migrationsgeschichte(n) — einlösbar

zu machen, ist unsere Demokratie vollkommen bei sich. Der Weg dorthin ist für viele steinig und für einige schmerzhaft, aber ich möchte alle jungen Menschen ermutigen, an ihren Visionen festzuhalten und sie in die Gesellschaft hineinzutragen.

Das wäre sie, *unsere* Gesellschaft: eine, in der aus vielen Visionen eine gemeinsame Zukunft zusammenwachsen kann.

